

MZ - Rh - 219 21.06.2000

# Scharfe Kritik an Zuschusspraxis

Land bewilligt Geld für Umbau der Regionalen Schule in Nackenheim nur in Raten – VG muss zwischenfinanzieren

**„Unverschämt“ ist für Teile des Verbandsgemeinderates Bodenheim der Umgang des Landes mit den Kommunen. Grund: Der Zuschuss für die Erweiterung der Regionalschule kommt in Raten.**

BODENHEIM. Heftige Kritik ertotete das Land Rheinland-Pfalz vom Bodenheimer Verbandsgemeinderat. Ausgelöst hatte die Reaktionen eine Mitteilung von Verbandsbürgermeister Gerhard Krämer

(CDU): „Der Zuschuss für die Erweiterung der Regionalschule ist bewilligt. Allerdings erhalten wir erst 2001 einen Betrag von 200 000 Mark und 2002 noch 700 000 Mark. Wann die restliche Million kommt, weiß keiner.“ Die Verbandsgemeinde müsse zwischenfinanzieren.

Jakob Lang (CDU) nannte dieses Verhalten „gesetzeswidrig“: „Laut Schulgesetz muss bezahlt werden, was bewilligt ist. Das ist einfach un-

verschämt.“ Dorothea Bauer (SPD) indes fand nicht das Land, sondern die Haltung der CDU als unverschämt: „Es ist toll, dass wir überhaupt bezuschusst werden. Mit einer Stückelung war zu rechnen, und wenn wir die nicht gewollt hätten, hätten wir ganz auf den Antrag verzichten sollen.“

Bardo Kraus (CDU) stützte seinen Parteifreund und ging sogar noch weiter: „Jetzt sind wir an einem Punkt, an dem ein Gerichtsurteil dieses Ver-

fahren als nicht zulässig einstuft werden könnte. So könnten wir eine Gesetzesänderung bewirken.“ Dennoch war allen klar, dass sie die zwei Millionen Mark zwischenfinanzieren müssen, um das vier Millionen Mark teure Projekt verwirklichen zu können.

Damit noch nicht genug der Kritik: Die SPD bemängelte die Kostenentwicklung einiger Bauprojekte und stellte den Antrag, dass den Rats- und Ausschussmitgliedern

künftig Vergaben schriftlich vorgelegt werden. Die Kritik richtete sich gegen den Umbau des Nackenheimer Pausenhofs, dessen Kosten gegenüber dem Voranschlag um rund zehn Prozent überschritten worden seien, und gegen das Feuerwehrgerätehaus Nackenheim, das sogar 15 Prozent teurer gewesen sein soll. Der Rat verwies den Antrag in den Ausschuss. Krämer: „Der Vorwurf ist so pauschal nicht haltbar.“ (an)